

Wahlen im September 2025 in NRW

Ihre Meinung zu Themen der Gemeinwohl - Ökonomie (GWÖ)

Was ist die GWÖ, was sind ihre Ziele?

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein innovatives, nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer ethischen Wirtschaftskultur. Als Alternative zum gegenwärtigen Wirtschaftsverständnis baut sie auf den Werten Menschenwürde, ökologische Verantwortung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und Transparenz auf.

Hinter der Gemeinwohl-Ökonomie steht die Überzeugung, dass die drängenden Herausforderungen unserer Zeit – von der Ressourcenknappheit über die Klimakrise, vom Verlust der Artenvielfalt bis hin zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich – Folgen des Kapitalismus sind und nur ganzheitlich und systemisch zu lösen sind. Als nachhaltiges Wirtschaftssystem bietet die Gemeinwohl-Ökonomie eine Alternative mit konkreten Tools.

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen – dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Dementsprechend kann der Beitrag der Städte, Kreise und Gemeinden zu einer

nachhaltigen Entwicklung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dass es sich bei der Nachhaltigkeit um eine globale Aufgabe handelt, zeigt nicht zuletzt die Agenda 2030 mit den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die die Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedet.

Immer mehr Kommunen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, machen sich auf den Weg, den Paradigmenwechsel, den die Agenda 2030 beschreibt, aktiv zu unterstützen. Sie tun beispielsweise, indem sie Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln und umsetzen, die sich explizit oder implizit an den SDGs orientieren. Viele tun dies aber auch, indem sie eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen und ihre weitere Entwicklung am Gemeinwohl ausrichten.

Mehr Informationen finden sie hier:

<https://germany.econgood.org/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinwohl-Ökonomie>

Hier nun unsere Themen und Fragen

1. Klimaschutz als Lebensgrundlage

A. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die aktuelle Gesetzgebung zum Klimaschutz in Bonn umgesetzt wird?

- Entspricht die Umsetzung Ihrer Meinung nach auch den Zielen des Pariser Klimaabkommens?

B. Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge im [Klimaplan 2035](#) der Stadt Bonn?

C. Welche Arbeitsgebiete in diesem Plan finden Sie besonders wichtig und wo sind Sie / ist Ihre Partei direkt aktiv?

Aktuell beschäftigt uns auf Ratsebene zum Beispiel die Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes und die kommunale Wärmeplanung. Der in der vergangenen Ratsperiode mit meiner Partei beschlossene Klimaplan enthält zahlreiche Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2035. Um aber den Ambitionen des Ziels gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass in vielen Bereichen die Umsetzung einzelner Schritte konkretisiert und beschleunigt wird. Hierbei ist eine Fokussierung der Maßnahmen auf die größten Emissionsbereiche notwendig: Energieversorgung, Mobilität und Gebäude. Im Bereich des ÖPNV haben wir schon in der letzten Ratsperiode angestoßen und im Rahmen unserer Koalitionsbeteiligung durchgesetzt, dass Tickets wie das 24h-Gruppenticket für bis zu 5 Personen und das Sozialticket deutlich günstiger wurden. Die Zuverlässigkeit und Attraktivität des ÖPNV zu verbessern, sehen wir auch in Zukunft als einen der zentralen Bereiche zur Erreichung unserer Klimaziele.

2. Gemeingüter als Lebensgrundlage

Gemeingüter wie Wasser, Grundnahrungsmittel, Wohnraum und Freiflächen sind Grundbedürfnisse der Menschen und müssen jedem Menschen zur Verfügung stehen. Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Gemeingüter grundsätzlich vor Spekulation, Privatisierung und Ausbeutung geschützt werden?

- A. Welche Maßnahmen planen Sie in Ihrer Gemeinde, um dies zu unterstützen?
- B. Wie denken Sie sind Ihre Eigenbetriebe diesbezüglich aufgestellt und wie möchten Sie im Falle von Verstößen gegen das "Gemeinwohl-Gebot" eingreifen?
- C. Welche Gemeingüter sind derzeit nicht unter öffentlicher Kontrolle und wie möchten Sie diesbezüglich eingreifen?

Eine unserer ersten Maßnahmen im Rahmen unserer Beteiligung an der Ratsmehrheit der ablaufenden Ratsperiode war der Stopp des Verkaufs von städtischen Flächen an private Investoren. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Mit der Verschärfung von Auflagen an private Investoren im Wohnungsbau möchten wir weiter dafür sorgen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Im Fall der städtischen Betriebe fordern wir z.B. für die Müllverwertungsanlage die konsequente Beschränkung auf Müll, der im Umkreis von 100 km entstanden ist und die Stilllegung des Steinkohlekraftwerks Lünen, an dem die Bonner Stadtwerke beteiligt sind. Beides sehen wir als Verstöße gegen das Gemeinwohl-Gebot an. Mit Mitteln aus dem Klimaplan wollen wir die Umstellung von landwirtschaftlichen Flächen auf Ökologische Landwirtschaft vorantreiben und Projekte Solidarischer Landwirtschaft fördern.

3. Messung von Wohlergehen und Lebensqualität

Um das Gesellschaftliche Ziel von einem "Guten Leben für alle" messbar zu machen, fordert die Gemeinwohl-Ökonomie ein Wohlfahrtsmaß ([Gemeinwohl-Produkt](#)) in Ergänzung zum BIP. Dieses misst das Wohlergehen in allen sozialen und ökologischen Bereichen der Gesellschaft. Auf lokaler Ebene gibt es bereits Pilotprojekte, die Indikatoren für ein Gemeinwohl-Produkt evaluieren (Gemeinwohl-Indizes).

- A. Unterstützen Sie, dass ein Gemeinwohl-Produkt ein Maßstab für Entscheidungen wird?
- B. Werden Sie Verwaltungsvorschriften, die gemäß der Gemeinwohl-Indikatoren negative Wirkungen auf das Gemeinwohl haben, als Ratsmitglied ablehnen? Warum würden Sie sie ablehnen bzw. ihnen zustimmen?
- C. Auf lokaler Ebene könnten Faktoren des Gemeinwohl-Produkts wie Ökologische Nachhaltigkeit, Einhalten der Menschenrechte, Teilhabe, Lebensqualität und Zufriedenheit aber auch die Beiträge zur Gesellschaft ermittelt werden. Wie stellen Sie sich Ermittlung und Auswirkungen daraus vor?

Linke Wirtschaftspolitik orientiert sich für mich zwingend an den Prinzipien des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens. Wachstum ist nicht Selbstzweck, sondern muss sowohl ökologisch verträglich als auch sozial gerecht sein. Wirtschaftlicher Erfolg sollte der Gesellschaft insgesamt zugutekommen und nicht nur Einzelnen. Diese Prinzipien müssen auch auf kommunaler Ebene gelten und die Grundlage der städtischen Förder- und Ansiedlungspolitik bilden. Entscheidungen, die sich negativ auf das Gemeinwohl auswirken, werde ich im Rat dagegen nicht zustimmen. Inwieweit die Ermittlung eines Gemeinwohl-Produktes bei diesen Fragen helfen kann, sollte man anhand der laufenden Pilotprojekte prüfen. Wichtig wäre für mich, dass dabei nachweisbar ist, dass ein neuer Maßstab tatsächlich ursächlich auch zu besseren Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls führt und nicht zum Feigenblatt ohne Folgen für städtische Entscheidungen wird.

4. Vorteile für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen durch verbindliche Nachhaltigkeitsstandards wie die Gemeinwohl-Bilanz

Die Spielregeln im heutigen Wirtschaftssystem belohnen Unternehmen mit Preisvorteilen, wenn sie Kosten an die Umwelt und andere Menschen auslagern (externalisieren). Verantwortung lohnt sich wirtschaftlich kaum, Kostendrücken dafür umso mehr. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) befürwortet ein Wirtschaftssystem, in dem alle wirtschaftliche Tätigkeit dem "guten Leben für alle" dient. Die Gemeinwohl-Bilanz (und vergleichbar verbindliche Nachhaltigkeitsstandards) machen messbar und vergleichbar, welchen sozialen und ökologischen Beitrag ein Akteur (z.B. Unternehmen, Kommune, Organisation) für die Gesellschaft leistet. Setzen Sie sich dafür ein,

A. dass alle Organisationen und Geschäftspartner der Stadt eine solche Bilanz erstellen müssen? Welche Maßnahmen würden Sie dafür ergreifen?

B. die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Stadt- oder Gemeindeverwaltung auf Grundlage der nachgewiesenen Gemeinwohl-Wirkung eines Unternehmens z.B. durch die GWÖ-Bilanz erfolgt?

C. die steuerliche Be- / Entlastung von Unternehmen sowie insb. Subventionen von Unternehmen an das Ergebnis einer geprüften Gemeinwohl-Bilanz geknüpft werden - sofern rechtlich möglich?

Inwieweit eine Gemeinwohl-Bilanz ein Mittel sein kann, um zu einem gerechten Wirtschaftssystem zu kommen, kann ich im Moment nicht beurteilen. Aus unserer bisherigen Erfahrung in der Bonner Kommunalpolitik wirken konkrete Maßnahmen im Sinne einer gemeinwohlorientierten Politik mitunter besser als abstrakte Systeme und Parameter, die aus rechtlichen oder verwaltungsinternen Gründen folgenlos bleiben. In Bonn beispielsweise gibt es schon seit einigen Jahren die Projekte des Wirkungsorientierten Haushalts und des Kommunalen Nachhaltigkeitshaushalts. Wirkliche Impulse habe ich daraus aber nicht wahrnehmen können. Wenn man Unternehmen zum Gemeinwohl verpflichten möchte, kommt es am Ende nicht zuletzt auf die politischen Mehrheiten an, um entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. In Bonn haben wir vor Kurzem zum Beispiel für Unternehmen und Gewerbetreibende die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer gemäß Tübinger Vorbild beschlossen, um Anreize zur Müllvermeidung zu setzen und den Umstieg auf Mehrweg zu fördern.

5. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Das LkSG, dass der Bundestag verabschiedet hat, ist an entscheidenden Stellen unzureichend. Stimmen Sie als Ratsmitglied für eine lokale Verbesserung der Beschaffungsregeln mit folgenden Forderungen:

A. Verpflichtung von Unternehmen durch entsprechende Ausgestaltung der Einkaufsregeln zur Sorgfalt entlang der gesamten Wertschöpfungskette um gleichauf mit den Anforderungen der [UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#) zu sein

B. Damit ein Lieferkettengesetz wirkt, muss es eine zivilrechtliche Haftung ermöglichen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen im Ausland die Möglichkeit geben, vor deutschen Gerichten Schadensersatz von verantwortungslos handelnden Unternehmen einzuklagen

C. Wie wird derzeit in Ihrem Zuständigkeitsbereich für die Einhaltung des Lieferkettengesetzes gesorgt?

D. Sind die Zuständigkeiten klar geregelt / wer ist zuständig?

E. Gibt es klare Beschaffungsregeln und welchen Einfluss nehmen Sie auf diese?

Wir sprechen uns als Linke klar für die Vergabe öffentlicher Aufträge anhand der Ausrichtung des Unternehmens und der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards aus. Wer in Bonn Geschäfte machen will, muss sicherstellen, dass Formen von Ausbeutung wie Kinderarbeit und Arbeit unter gesundheitsschädlichen Bedingungen entlang der Lieferketten ausgeschlossen sind. Wir haben uns in der vergangenen Ratsperiode dafür starkgemacht, dass im elektronischen Vergabesystem der Stadt Informationen zu nachhaltiger Beschaffung wie Gütezeichen, Normen oder Siegel besser integriert werden, um die Kontrolle der Einhaltung von Standards zu erleichtern. Die Stadt Bonn hat zudem eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, nach der bis 2030 alle Beschaffungsmaßnahmen unter der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien durchzuführen sind. Wir wollen erreichen, dass sich das nicht nur in der Durchführung von Austauschtreffen und Workshops erschöpft, sondern tatsächliche Folgen für die städtischen Beschaffungsregeln hat.

6. Plebiszitäre Elemente für mehr demokratische Mitbestimmung

Die direkte demokratische Mitentscheidung der Bürger*innen sollte ein fester Bestandteil unserer Demokratie werden

- A. Können Sie sich vorstellen, dass Bürgerräte auf kommunaler Ebene zu verbindlichen Institutionen werden?
- B. Bitte beschreiben / benennen Sie die in Ihrer Gemeinde gültigen Bürgerbeteiligungsverfahren.
- C. Bitte schätzen Sie ein,
- wie gut / sinnvoll / effektiv diese genutzt werden
 - welche Maßnahmen Sie planen, um diese zu verändern (... zu verbessern ...)
- D. Planen Sie Maßnahmen, um die bestehende Bürgerbeteiligung Richtung Bürgerräte zu entwickeln und welche Befugnisse sollen die Bürgerräte dann haben?

Wir setzen uns für eine stärkere und proaktive Bürgerbeteiligung ein, insbesondere bei wichtigen Fragen der Stadtentwicklung. Ratsbürgerentscheide müssen auf wesentliche Themen angewendet werden, so dass die Bürger*innen bei zentralen Entscheidungen der Stadt das letzte Wort haben. Auch Bürgerräte können dabei in den Entscheidungsprozessen eine Rolle spielen. Elemente von Bürgerräten erproben wir in Bonn bereits, z.B. im Rahmen der Klimabeteiligung und des Beirats Bürgerbeteiligung. Wichtig ist mir bei allen Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren, dass Bürger*innen nicht erst gefragt werden sollen, wenn der Stadtrat bereits Entscheidungen getroffen hat. Beteiligungsverfahren wie Bonn4Future und die Leitlinien Bürgerbeteiligung müssen in diesem Sinne weiter ausgebaut und gestärkt werden, um eine möglichst niederschwellige und inklusive Beteiligung an der Kommunalpolitik zu ermöglichen. Außerdem fordern wir eine städtische Rechenschaftspflicht über die tatsächliche Umsetzung der von den Bürger*innen vorgeschlagenen Maßnahmen.